Zweckes halber". Endell machte Genossenschaften, die unvermutet revidiert werden sollten, davon vorher Mitteilung. Ueber die Vermögensverhältnisse und die Kassenführung und „Vorschüsse" des Majors Endell macht Bühring Angaben, die sich in derselben Richtung bewegen wie die früheren Andeutungen. Der Vorstand des Verbandes, Oekonomierat Hurnerack, erklärte, als ihm einer der Endell besonders belastenden Zeitungsartikel vorgelegt wurde: „Es ist gut, daß die Leute nicht mehr wissen, sonst könnte die Sache noch sehr schlimm werden."

Die Sache wird auf alle Fälle ein gerichtliches Nachspiel haben, da Bühring den Herrn Major verklagt hat. Ob der klagt, ist nämlich nicht so sicher, er schwört lieber auf Pistolen. Nun wird er sich also doch wohl der Rechtfertigung seiner Handlungsweise in der Oeffentlichkeit des Gerichtssaales befleißigen müssen. Gelingt es ihm nicht, zweifelsohne, so hat eine oft auch zu offiziösen Verlautbarungen dienende Korrespondenz recht, wenn sie sagt: „In der Provinz Posen haben sich Zustände entwickelt, die an die Camorra in Neapel erinnern."

Deutsches Reich.

Berlin, 4. Oktober. Dieser Mortimer starb den unentwegten Freisinnigen sehr gelegen! Gestern entschlief zu Berlin nach langen Leiden der zweimal zum Bürgermeister von Berlin gewählte und zweimal nicht bestätigte Stadtrat Gustav Kauffmann. Wir haben die für den deutschen Liberalismus so blamable Geschichte dieser Bürgermeisterwahl in unserer Nummer vom 21. September noch einmal ausführlich dargestellt; es bleibt dabei, daß die Unentwegten aus Angst vor einem Konflikt mit der Krone Kauffmann fallen ließen. Als Kauffmann, ein gebrochener Mensch, des Drängens der „guten Freunde" müde, seine Bewerbung zurückzog, atmeten sie auf. Jetzt ist er gestorben. Die Gefahr, daß er als ein lebendiges Menetekel des Niedergangs der Bourgeoisie einherging, ist beseitigt. Wohl den Unentwegten!

— Die Nationalsozialen haben sich seit langer Zeit unseren Genossen Abgeordneten Heine zum Opfer ihrer Aufdringlichkeit ausgesucht. Ihr Trick besteht bekanntlich darin, einige unserer Parteigenossen, wie Auer, Heine und gelegentlich auch andere für sich zu reklamieren, um sie dadurch in den Augen der Proletarier herabzusetzen und aus der Partei zu treiben. Dem letzten Versuch dieser Art, eine zu München gehaltene Rede auszuschlachten, tritt Genosse Heine im Vorwärts energisch entgegen. Er nennt den in der nationalsozialen Zeit erschienenen Bericht über seine Rede eine abenteuerliche Phantasie und bezeichnet das, was dort gesagt worden ist, mit Recht als politische Halluzinationen. Dem nationalsozialen Gewährsmanne weist er nach, daß er Dinge berichtet habe, die von ihm weder dem Sinne noch der Form nach gesagt worden seien, daß er einzelne Sätze aus dem Zusammenhange gerissen und dadurch in ihrem Inhalte verdreht habe. Wir wollen abwarten, wie lange diese Lektion wirken wird.

— Dem B. T. zufolge neigt man in parlamentarischen Kreisen zu der Annahme, daß die ganze erste Woche der am 14. Oktober wieder beginnenden Plenarverhandlungen des Reichstages mit den Debatten über die zur ersten Sitzung auf der Tagesordnung stehenden Petitionen verfließen werde, ehe die zweite Lesung des Zolltarifes ihren Anfang nimmt.

— In der Zolltarifkommission des Reichstages werden teils mündliche, teils schriftliche Berichte über den Tarif erstattet werden. Für die einzelnen Abschnitte sind verschiedene Referenten ausersehen worden. Ueber die Getreidezölle wird Graf Schwerin an das Plenum mündlich referieren. Ueber die Eisenzölle ist eine schriftliche Berichterstattung dem Abgeordneten Letocha übertragen worden.

— Der Zentrumsabgeordnete Rintelen, ein hochbetagter Mann, ist in Berlin erkrankt.

Der Empfang der Burengenerale durch den Kaiser. Die Köln. Ztg. giebt in einem Berliner Telegramm die offiziöse Antwort auf die Aufregung der englischen Jingopresse. Das Telegramm konstatiert mit Genugthuung, daß in England eine ruhige und verständigere Auffassung über den Besuch der Burengenerale aufgekommen sei und daß die Ausfälle der Times und des Standard gegen den Kaiser und die deutsche Politik nicht Anspruch erheben könnten, die öffentliche Meinung von ganz England zu vertreten. Die Besorgnis, daß der Empfang erneute englandfeindliche Kundgebungen hervorrufen könnte, sei absolut ungerechtfertigt. Im Gegenteil: ein Empfang der Generale durch den Kaiser werde verhindern, daß der Besuch zu großen Kundgebungen mißbraucht werde. Die Auslassungen der Times wirkten in dieser Beziehung geradezu provokatorisch; indessen verfügten wir über zu kaltes Blut, um denen einen Gefallen zu erweisen, die uns mit England verhetzen wollten.

Damit sollte die Lappalie nun erledigt sein; die Vernünftigen in England und Deutschland haben dem ganzen Schauspiel nur mit Achselzucken zuschauen können. Uebrigens bemerkt das Berl. Tagebl. anscheinend auch offiziös, die Möglichkeit eines Empfanges durch den Kaiser sei nur vorhanden, wenn die Generale sich mit einem entsprechenden Gesuch an den englischen Botschafter wenden. „Ob dieses Gesuch bereits auf der englischen Botschaft eingegangen ist, ist den betreffenden deutschen amtlichen Stellen noch nicht bekannt. Jedenfalls aber erwartet man eine allerseits befriedigende Erledigung der Angelegenheit."

Aller guten Dinge sind drei! Der Landwirtschaftsminister v. Podbielski hat die Einfuhr lebender Schweine aus Oesterreich gestattet; allerdings sind es nur drei Stück, die dieses Vorrecht genießen. Der Allg. Fleischerztg. in Berlin ist nämlich, trotzdem die Grenzen für ausländisches Vieh geschlossen sind, die Erlaubnis zu teil geworden, drei österreichische Schweine einzuführen; und zwar sollen diese Tiere Versuchen dienen. Man will versuchen, durch vergleichende Behandlung zu ergründen, ob aus deutschen Schweinen der beliebte Prager Schinken herzustellen ist.

Grauenhafter Undank soll Oertel winken. Die agrarischen Interessen werden einigen bündlerischen Heißspornen noch immer nicht wirksam genug vertreten, und deswegen soll eine neue Tageszeitung in Berlin gegründet werden. Hinter dem Plan steht nach dem Konf. der Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin Delbrück. — Das hat die selbst vor krachenden Thronen nicht zurückschreckende Deutsche Tageszeitung wirklich nicht verdient.

Wieder eine neue Kanone? Aus London wird vom 2. Oktober berichtet: Es verlautet, der Londoner Ingenieur Simpson habe eine schnellfeuernde Kanone erfunden, die den Rückprall durch einen ganz neuen Prozeß um 85 Proz. verringert. Die Erfindung sei von der deutschen Regierung erworben worden.

s. Der „Großglockner" des bayrischen Landtages, Herr v. Orterer, ist bekanntlich ein Mann, der für seine eigene Person eine ungemeine Hochschätzung empfindet und sich auch nicht scheut, dies öffentlich zu dokumentieren. Diejenigen, die noch so weit in der Zivilisation zurück sind, daß sie den kleinen großen Mann nicht kennen, sind in seinen Augen „Ochsen", und er hat ja schon an den Perronsperren der Bahnhöfe lebhafte Szenen hervorgerufen, weil die Bediensteten so wenig Respekt vor seiner gewichtigen Person bezeugten, ihm die Fahrkarte abzuverlangen. Aber auch anderwärts liebt er es, sich als einen Mann, der in der Politik eine Rolle spielt, vorzustellen. Vor einiger Zeit befand er sich als Prüfungskommissar auf einer Inspektionsreise und hatte u. a. auch in dem unterfränkischen Städtchen Münnerstadt Abiturienten zu prüfen. Hier hielt er für angemessen, seinen Prüflingen über ihre Kenntnisse in der politischen Verfassung des deutschen Reiches auf den Zahn zu fühlen und richtete an einen der Schüler die Frage, wie viel Abgeordnete der deutsche Reichstag zähle. Der durch diese Frage verblüffte junge Mann blieb die Antwort schuldig. „Haben sie denn noch keinen Abgeordneten gesehen?" fragte es wiederum von des Gewaltigen Lippen. — „Nein!" mußte beschämt und zaudernd der doppelt „Gefragte" zugestehen. — „Na, dann schauen Sie mich an!" gab der bedeutendste Mann der Neuzeit im Hochgefühl seiner Würde zurück und warf sich stolz in die etwas eng geratene Mannesbrust. In der Hochachtung der Schüler war er nunmehr sicherlich um mindestens das Doppelte gestiegen.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Vom Chemnitzer Landgericht wurde der Musiker Telling in Limbach wegen Beleidigung des deutschen Kaisers zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen.

Wegen Beleidigung eines Knaben, des jüngsten Sohnes des Kaisers, des 1890 geborenen Prinzen Joachim, ist nach der Post in Elbing ein Käsereipächter zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. Die beleidigende Aeußerung erfolgte aus Anlaß eines Ausflugs des Prinzen Joachim von Cadinen nach Elbing.

Wegen Beleidigung Wilhelms II. verurteilte die Strafkammer zu Greifswald den Arbeiter Paul Rothbert zu $1\frac{1}{2}$ Jahren Gefängnis.

Schweiz.

Die Bundesversammlung. Unser Z-Korrespondent schreibt uns vom 30. September: Die Herbstsession der schweizerischen Bundesversammlung hat gegen 50 Geschäfte zu behandeln; als wichtigste den Zolltarif, die Verkürzung der Arbeitszeit beim Betrieb der Transportanstalten, das sogenannte Militär-Montierungsgesetz, Erleichterung der Einbürgerung und Unterstützung der Volksschule. In Sachen des Zolltarifs ist den agrarischen Ueberzöllnern nahegelegt worden, Vernunft anzunehmen, einzulenken und der Protestbewegung weiter Volkskreise einigermaßen entgegenzukommen; allein die Agrarier wollen unter allen Umständen ihren Raubzug auf die Taschen der Konsumenten ausführen und ihre Verbündeten machen dabei aus wahltaktischen Gründen mit. Diese Taktik gehört auch zu der vielberufenen „realistischen Wahlmoral" der bürgerlichen Politiker, mit der sie ihre Volksschwindeleien zur Irreführung der öffentlichen Meinung drapieren. Die Ueberzöllner werden aber doch umsonst arbeiten, denn über den Zolltarif kommt es sicher zur Volksabstimmung, in der seine Verwerfung schon heute als fast sicher angenommen werden kann.

Frankreich.

Verschärfung des antiklerikalen Kampfes. Der Matin erklärt, daß die Regierung zu Beginn der Session der Deputiertenkammer eine das Vereinsgesetz ergänzende Vorlage einbringen werde, durch die hauptsächlich die Strafbestimmungen gegen jene Kongregationen, die dem neuen Vereinsgesetz nicht entsprechen, verschärft werden sollen.

Der Kardinal Erzbischof Lecot von Bordeaux wird wegen seines Hirtenbriefes gegen die Schließung der Ordensschulen von dem Staatsrat verfolgt.

Spanien.

Ein Konflikt. Nach einer Meldung aus San Sebastian hat sich Jung-Alfons, der Pumphosenkönig von Spanien, geweigert, ein ihm vom Kriegsminister unterbreitetes Dekret zu unterzeichnen. Die Korrespondencia militare sagt, der König dürfe der Verfassung zufolge seine Unterschrift nicht verweigern, wenn ein Dekret vom Minister unterzeichnet und vom Ministerrat bewilligt worden sei. Das Blatt fügt hinzu, General Weyler dürfte gegen dieses Verhalten protestieren, ein solcher Absolutismus müsse bekämpft werden. Was um so leichter geschehen kann, als ja die Generale in Spanien in solchen Lagen einfach mit einem Revolutiönchen zu drohen pflegen. — Vorläufig heißt es, daß Weyler sofort nach der Kammereröffnung seine Demission geben werde.

England.

Der Wiederzusammentritt des Parlaments ist für den 16. Oktober in Aussicht genommen. Das Unterrichtsgesetz wird in erster Linie zur Beratung gelangen.

Rußland.

Streikrecht für die Arbeiter will der Finanzminister Witte gewähren. Die Wiener Arbeiter-Zeitung teilt den Inhalt eines Schriftstücks mit, das er an den Reichsrat gerichtet hat und in dem eine Revision der Gesetzesbestimmungen, über die Verfolgung von Arbeitern wegen Streikens und Kontraktbruchs vorgeschlagen wird. In dem Schriftstücke wird ausgeführt, daß die Drohung mit Gefängnis und Verschickung der Arbeiter vom Vertragsbruch nicht abhalten könne und die Anwendung dieser Maßregel nur Erbitterung unter den Arbeitern hervorrufe. Außerdem sei für die Unternehmer die Verhaftung der Arbeiter von unangenehmen wirtschaftlichen Folgen begleitet. Die Einreihung der Arbeitseinstellungen unter die strafbaren Handlungen gebe auch einen zu großen Spielraum den Einmischungen der Polizei, die durch ihren Eifer nur Schaden und dem Unternehmer Schereien verursachen. Eine Eingabe der Moskauer Fabrikanten, die sich im selben Sinne äußert, hat in der Denkschrift Verwendung gefunden.

Die Denkschrift beweist, daß die zarische Regierung und das russische Unternehmertum daran verzweifeln, die Arbeiterbewegung jemals wieder ersticken zu können! Sie ist das Produkt, der Lohn des heroischen Kampfes, den die russischen Arbeiter geführt haben — ein überwältigender, erhebender Beweis dafür, daß die Arbeiterbewegung auch im Reich der Knute schon eine Macht geworden ist. Das Streikrecht, das den Arbeitern gegeben wird, ist die erste Bresche in die Burg des Absolutismus.

Eine verwegene Flucht aus dem Kiewer Gefängnis. Die Expedition der Iskra (des russischen Parteiorgans) für das Ausland sendet der Leipz. Volksztg. eine Mitteilung, die beginnt: Einige Tage nach der barbarischen Durchprügelung der politischen Gefangenen im Odessaer Gefängnis gelang es der Sozialdemokratie, die Regierung durch die Befreiung von 11 „wichtigen Verbrechern" zu „bestrafen", und aus der hervorgeht, daß 11 Genossen, die zum Teil schon länger als ein Jahr im Gefängnis saßen, aus dem Gefängnis zu Kiew entflohen sind.

Als „Instrumente" der Flucht dienten eine aus zerschnittenen Bettüchern zusammengenähte Leiter und ein Anker von zirka 10 Kilo Gewicht. Wie der letztere in die Hände der Gefangenen geraten war — das ist selbstverständlich ein Geheimnis der Organisatoren der Flucht. Am 18. August abends, als die Gefangenen im Gefängnishof der Mauer entlang spazierten, warfen sich einige von ihnen auf die nebenstehende Schildwache, knebelten ihr den Mund und banden sie an den Beinen und Armen. Während einige mit der Schildwache zu thun hatten, bildeten die übrigen eine lebendige Pyramide, „deren oberes Ende fast an den Gipfel der Mauer langte". Von da war es leicht, auf der Mauer den Anker zu befestigen, an dem einerseits die Leiter angebracht war, andererseits eine Leine, mittels deren man nach unten gelangen konnte.

Die Flüchtlinge sind in Sicherheit, zum Teil schon im Auslande.

Die russischen „Hakatisten". Immer neue Gewaltmittel wendet die zarische Regierung an, um Finnland, dem die Zaren die Selbständigkeit mit heiligen Eiden beschworen haben, vollständig auf die Stufe einer russischen Provinz herabzudrücken. Wie der Berl. Lokalanz. aus Helsingfors geschrieben wird, werden systematisch die führenden selbständigen Elemente aus dem finnischen Senate, der höchsten Verwaltungsbehörde des Landes, entfernt und durch schwache und gefügige Charaktere ersetzt. Der Senat hat infolgedessen in seiner Politik, besonders seit dem Sommer 1900, einer Nachgiebigkeit und Demütigungspolitik gehuldigt, die den im Lande herrschenden Anschauungen durchaus zuwiderlief. Eine am 8. September 1902 veröffentlichte neue Verordnung über „die Veränderung gewisser Teile des Senatsreglements" stellt die direkte Abhängigkeit des Senats vom Generalgouverneur her. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß fast alle wichtigen Fragen vom Senat nur in Gegenwart des russischen Generalgouverneurs oder seines Gehilfen behandelt werden dürfen. Der Generalgouverneur und sein Gehilfe (zur Zeit ein russischer Kurin, der von finnländischen Verhältnissen nichts weiß) sind außerdem berechtigt, mit Stimmrecht an den Entscheidungen des Senats teilzunehmen. Wiederholt wird in der neuen Verordnung betont, daß die Senatsbeamten dem Generalgouverneur und seinem Gehilfen Gehorsam schulden.

Die verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Unabsetzbarkeit der Beamten und Richter werden mit Füßen getreten, das Petitionsrecht dem Volke willkürlich beschnitten, die selbständigen Beamten durch Kreaturen ersetzt, deren Befähigung in stockrussischer Gesinnung und in Charakterlumperei gesucht und gefunden wird. Das unglückliche Finnland wird voraussichtlich in kurzer Zeit von einem Heer unwissender und charakterloser russischer Glücksjäger und Streber überschwemmt werden.

Diese Nachrichten können nicht verfehlen, auch in Deutschland schmerzlich zu berühren. Wenn man aber das Schauspiel erlebt, daß sich gerade die polenfresserischen Hakatistenblätter am meisten gegen die Russifizierung Finnlands empören, dann kann man den Ekel gegen diese Heuchelei kaum unterdrücken.

Parteiangelegenheiten.

Reichstags-Kandidatur abgelehnt. Genosse Adolf Hoffmann-Berlin hat die Kandidatur für den 11. hannoverschen Wahlkreis abgelehnt, da der von den Einbecker Genossen mit seinem Einverständnis gestellte Antrag, eine Kreiskonferenz einzuberufen, welche die Kandidatur besprechen und eine einheitliche Wahlagitation schaffen soll, von einer Versammlung des Osteroder Wahlvereins abgelehnt ist. Genosse Hoffmann hält unter solchen Umständen ein gedeihliches und einheitliches Zusammenarbeiten zum Besten der Partei für ausgeschlossen.

Ein Parteiveteran. Der Vorsitzende der Kontrolleure der sozialdemokratischen Partei, unser Genosse Meister, wurde jetzt 60 Jahre alt. Seit etwa 40 Jahren ist Meister in hervorragendem Maße in der Gewerkschaft und seit den 60er Jahren in gleicher Weise auch im politischen Leben thätig. Seit bald zwei Jahrzehnten ist er Vorsitzender des Verbandsausschusses des Allgemeinen deutschen Zigarrenarbeiter-Vereins. In den 60er Jahren wurde er Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, hat wesentlich zu der Gothaer Einigung beigetragen, ist seit 1884 Reichstagsabgeordneter, war seit der Mitte der 80er Jahre Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei. Die Aufzählung dieser Daten zeigt, welch fruchtbare und mühevolle Arbeit unser Meister — scherzhaft der König von Hannover genannt — geleistet hat.

Die Leiden eines sozialdemokratischen Redakteurs bis zur Neige durchzukosten, ist dem Genossen Levy, dem früheren Redakteur der Erfurter Tribüne, bestimmt. Unser Parteiblatt schreibt: „Unser Genosse Rich. Levy wird fortdauernd vom Unglück verfolgt. Man erinnert sich des Aufsehen erregenden Urteils der Erfurter Strafkammer, die Levy wegen eines Witzes, in dem der deutsche Kaiser auch nicht einmal genannt, der aber von der Strafkammer als „Majestätsbeleidigung" angesehen wurde, zu der ungeheuerlichen Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilte. An anderen Orten war der „Witz", der süddeutschen Blättern entnommen war, völlig straflos und wurde sogar nach Levys Verurteilung von einem anderen Blatte ohne schlimme Folgen für dasselbe nochmals abgedruckt. Und in Erfurt . . . . . ? Levy erkrankte hierauf und konnte erst im August 1901 seine Strafe in Plötzensee — er war wegen seiner Erkrankung nach Berlin übergesiedelt — antreten. Inzwischen war er wegen einer weiteren „Beleidigung" abermals zu drei Monaten Gefängnis vom Erfurter Gericht verurteilt worden. Kurze Zeit nach Antritt seiner Strafe verlor Levy seine Mutter durch den Tod. Er erkrankte hierauf im Gefängnis an Lungenentzündung, wurde aber notdürftig wieder geheilt. Doch nur für kurze Zeit, denn bereits Mitte Mai dieses Jahres mußte er aus dem Gefängnis entlassen werden, da er bei einem weiteren Aufenthalt daselbst sein Leben in Gefahr war. Er mußte ins Augusta-Hospital in Berlin gebracht werden, das er mit Anfang Juni verließ, um sich in Privatbehandlung zu begeben. Geheimrat Professor Ewald stellte ihm ein Attest aus, in dem es heißt, daß „der Krankheitszustand des Redakteurs Levy ein derartiger ist, daß seine Ueberführung in eine Strafanstalt oder in ein dort befindliches Lazarett ohne Schaden für Leben und Gesundheit nicht erfolgen kann". Am 20. September bestätigte Professor Ewald sein früheres Gutachten nochmals und fügte hinzu: „Der Kranke ist um so weniger fähig, einen Transport während der kalten Winterzeit zu erleiden, als sich in regelmäßigen Intervallen starkes, bis zu 39 Grad ansteigendes Fieber einstellt. Vor Ablauf des nächsten Winters ist eine Inhaftierung des Kranken ausgeschlossen." In der That ein tragisches Schicksal. Und wenn Genosse Levy wirklich wieder gesund sein wird, dann hat er noch 7 Monate Gefängnis abzumachen. Er müßte in der Zwischenzeit seine Gesundheit außerordentlich kräftigen, wenn er den erneuten Gefängnisaufenthalt ohne Schaden überstehen sollte."

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Bergarbeiterstreik. Telegraphisch wird aus Lens gemeldet: Eine im dortigen Volkshause tagende Versammlung von 1000 Bergarbeitern sprach sich unter Forderung einer Lohnerhöhung für den sofortigen Ausstand aus.

Handel und Wandel.

Der Morgansche Dampfertrust ist nunmehr in Amerika in Trenton im Staate New-Jersey handelsgerichtlich eingetragen worden. Das Kapital beträgt 120 Mill. Dollar (480 Mill. Mark).

In England bildet man sich ein, dem Drachen des Morgantrustes die Giftzähne ausgebrochen zu haben; aber ein fernstehender Reeder fragt, was denn Morgan England eigentlich gewährt habe. Daß die englischen Schiffe weiter unter britischer Flagge segeln werden, das konnte Morgan ohnehin nicht verhindern, da nur in Amerika gebaute Schiffe die amerikanische Flagge führen durften. Das sei eine Bagatelle, wenn er die Kontrolle über die Gesellschaften in der Hand behält, was im vollsten Maß geschieht. Er gestatte britischen Schiffen die britische Bemannung; das ist sein Interesse, da diese billiger als amerikanische ist. Was den erwähnten Reeder aber am meisten überraschte, ist, daß Balfour erklärte, die Amerikaner hätten ein Recht, am atlantischen Handel teilzunehmen, und daß England ihnen dazu verhelfen müßte. Das Recht sei ihnen nicht zu bestreiten. Aber die Amerikaner sollten dafür in freier Konkurrenz kämpfen. In Amerika sieht man übrigens einen Frachtkrieg zwischen der subventionierten Cunardlinie und dem Morgantrust voraus. Unbestreitbar hat sich England mit der Subventionierung der Cunardlinie auf eine schiefe Ebene begeben.

Charles Steele, ein hervorragendes Mitglied des Morgan-Schiffstrustes, erklärte einem Interviewer, daß, wenn auch die Teilhaberschaften von britischen Unterthanen geleitet werden würden, die Majorität der Direktoren der führenden Gesellschaft aus Amerikanern bestehen würde.

Der Konitzer Mord vor Gericht.

Am Donnerstag giebt zunächst die geistige Zeugnisbeschreibung des Kriminalkommissars Braun Gelegenheit zu Kreuz- und Querfragen. — Rechtsanwalt Dr. Hahn muß dabei zugeben, daß das

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19021003/2
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG